

Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 10. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde am 10.03.2010, 18:15 Uhr, in der Kita "Gestiefelter Kater", Schorfheidestraße 11, 16227 Eberswalde

TAGESORDNUNG

- 1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 9. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 10.02.2010
- 4. Feststellung der Tagesordnung
- 5. Informationen des Vorsitzenden
- 6. Einwohnerfragestunde
- 7. Informationen aus der Stadtverwaltung
- 8. Informationsvorlagen
- 9. Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
- 10. Sachstandsbericht zum Konjunkturpaket II
- 11. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
- 11.1. Vorlage: BV/321/2010 Einreicher/
 Zuständige Dienststelle:
 02.2 Dezernat II

Konzept "Barrierefreies Eberswalde - Eine Stadt für Alle"
(1. Lesung)

12. Vorstellung der Konzeption der Kita "Gestiefelter Kater" durch die Kita-Leiterin Frau Schmidt, anschließend Besichtigung der Einrichtung

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Hoeck eröffnet die 10. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport (ABJS) der Stadt Eberswalde um 18:15 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Hoeck stellt fest, dass form- und fristgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben. Zu Beginn der Sitzung sind sieben Stadtverordnete anwesend (siehe Anlage 1).

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 9. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 10.02.2010

Herr Hoeck teilt mit, dass ihm keine schriftlichen Anmerkungen, Einwendungen oder Ergänzungen zur Niederschrift der 9. öffentlichen Sitzung des ABJS vom 10.02.2010 vorliegen. Er fragt an, ob es mündliche Anmerkungen, Einwendungen oder Ergänzungen gibt. Dies ist nicht der Fall. Herr Hoeck bittet um die Abstimmung der Niederschrift, die **mehrheitlich bestätigt** wird.

TOP 4 Feststellung der Tagesordnung

Herr Hoeck beantragt das Konzept "Barrierefreies Eberswalde - Eine Stadt für Alle" heute nur als 1. Lesung zu behandeln, da über die Vorlage erst Ende April in der Stadtverordnetenversammlung entschieden wird und von der Zeitschiene her es ausreichen würde, wenn in der Aprilsitzung durch den Ausschuss ein Votum abgegeben wird. Es erfolgen keine gegenteiligen Meinungsäußerungen.

Es werden keine weiteren Änderungen/Ergänzungen zur Tagesordnung vorgetragen.

Herr Hoeck bittet um die Abstimmung der geänderten Tagesordnung, die einstimmig befürwortet wird.

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Herr Hoeck hat folgende Informationen:

1. Ursprünglich sollte die heutige Sitzung nicht in der Kita stattfinden, sondern in Stadtmitte. Der Grund ist, der Landkreis Barnim (LK BAR) kann heute nicht den Sachstandsbericht

- über die Entwicklung im Kinder- und Jugendbereich im Stadtteil Mitte halten. Der Bericht wird zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt.
- 2. Herr Sieber hat heute mitgeteilt, dass er diesen Ausschuss als sachkundigen Einwohner verlassen wird. Er wünscht weiterhin alles Gute und bittet seine Fraktion, um schnellstmögliche Benennung eines Nachfolgers.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern.

TOP 7 Informationen aus der Stadtverwaltung

Herr Landmann gibt folgende Informationen:

- 1. Wegen der geplanten Sanierung der Kita "Sonnenschein" und wie bereits in der letzten Ausschusssitzung mitgeteilt, wurden durch die Verwaltung alternative Objekte zur vorübergehenden Nutzung untersucht (ehemalige Schwestern-Schule in der Carl-von-Ossietzky-Straße und ehemalige Kita im RAW). Im Ergebnis der Untersuchungen stellte sich dann heraus, dass die notwendigen Sanierungen für diese Objekte teurer sind, als die Containervariante. Zwischenzeitlich konnte die Verwaltung mit dem LK BAR verabreden, dass das Objekt Eisenbahnstraße 100 (ehemalige Goethe-Schule) für die Zeit der Sanierungsarbeiten zur Verfügung gestellt wird, zumal sich dieses Objekt auch noch im Eigentum der Stadt Eberswalde befindet. In dem Objekt Eisenbahnstraße 100 besteht die Möglichkeit, den Hortbereich ohne größere Sanierungsarbeiten unterzubringen, so dass eine Großcontainerlösung nicht erforderlich ist. Derzeit wird die Ausschreibung zur Findung eines Containeranbieters durch das Liegenschaftsamt vorbereitet.
- 2. Derzeit können in der Stadt für über 50 Kinder keine KitaPlätze in städtischen Kindereinrichtungen vorgehalten werden. Außerdem gibt es eine beträchtliche Anzahl an Kindern,
 die in Tagespflege untergebracht sind, wo aber der Wunsch
 besteht, in eine Kita zu wechseln. Des Weiteren liegen 78
 Voranmeldungen von Kindern aus Kindertagesstätten, die sich
 in freier Trägerschaft befinden, vor. Hierbei können aber
 Doppelanmeldungen vorhanden sein.
- 3. Die Verwaltung hatte den Auftrag, die Instandsetzung der Fenster an der Grundschule (GRS) "Schwärzesee" sicherzustellen, damit in jedem Klassenraum eine Belüftung stattfinden kann. Die Bauarbeiten sind im Gange und werden demnächst abgeschlossen sein.

Herr Landmann nimmt Bezug auf eine Anfrage, die die Verwaltung noch kurzfristig von Herrn Hoeck erhalten hat. Frau Ladewig wird gebeten, die Anfrage zu beantworten.

Frau Ladewig teilt mit, dass es in der Anfrage um die Teilnahme der Stadt Eberswalde an Förderprogrammen geht, die durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport initiiert wurden und Förderungen aus dem so genannten DDR-Parteienvermögen beinhalten. Dabei ging es u. a. um das Förderprogramm: "Interaktive Whiteboards als Impuls für eine bessere IT-Ausstattung Grund-, Förder- und Oberschulen". Die Verwaltung hatte sich mit der GRS "Bruno H. Bürgel" beworben, als Referenzschule mit neun Whiteboards, und jeweils mit einem Whiteboard für die GRS Finow und "Schwärzesee". Von allen drei GRS erhielt nur die GRS "Bruno H. Bürgel" ein Whiteboard (Bewerbungen wurden über das Staatliche Schulamt koordiniert). Des Weiteren gab es ein Förderprogramm: "IT-Ausstattung für Volkshochschulen und anderer Einrichtungen der Weiterbildung", diese Einrichtungen befinden sich in Trägerschaft des LK BAR - keine Inanspruchnahme durch die Stadt möglich. In einem weiteren Förderprogramm ging es um die "Förderung von öffentlichen Spielplätzen". Für diese Maßnahme wurden zwei Anträge für Spielplätze im Brandenburgischen Viertel (Lausitzer Straße und Märkischer Park) gestellt. Beide Spielplätze konnten bereits im letzten Jahr hergestellt werden. Ein weiteres Großprojekt wurde für die Kita "Kinderparadies Nordend" beantragt. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt. Des Weiteren gab es ein Förderprogramm für die "Förderung von Minispielfeldern (Bolzplätzen)". Für diese Förderung hatten der SV Medizin und der Ostender SV jeweils einen Antrag im zuständigen Ministerium eingereicht. Beide Sportvereine erhielten einen Zuschlag und tragen die Kosten der Maßnahmen selbst. Als weiteres Förderprogramm gab es die "Fortsetzung des Goldenen Planes Ost". Der SV Lok Eberswalde hatte die Förderung eines Rasenplatzes beantragt, welche ebenfalls durch die zuständige Behörde genehmigt wurde.

Herr Schumacher nimmt Bezug auf Herrn Landmanns Aussage. Herr Landmann äußerte, dass die jetzige Goethe-Schule sich noch im Besitz der Stadt Eberswalde befindet. Er möchte wissen, was mit dem Gebäude vorgesehen ist.

Herr Landmann erinnert an die öffentlich-rechtliche Vereinbarung, die damals zur Abgabe der weiterführenden Schulen mit dem LK BAR geschlossen wurde. In dieser Vereinbarung wurde geregelt, dass das Gebäude an die Stadt zurückfällt, wenn der LK BAR die Goethe-Schule nicht mehr als Schule nutzen sollte.

TOP 8 Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 9

Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

Frau Schostan nimmt Bezug auf den Termin: "Aufgabenkritik". Herr Gatzlaff äußerte dort, dass die Kita "An der Zaubernuss" geschlossen werden soll. Er rechtfertigte die Schließung mit den geburtenschwachen Jahrgängen, die nun kämen. Frau Schostan möchte wissen, wie aktuell diese Aussage ist.

Herr Landmann sagt, Herr Gatzlaff hatte nicht geäußert, dass die Kita "An der Zaubernuss" momentan geschlossen werden soll, sondern er hatte bei all diesen Punkten, die durch die Verwaltung vorgestellt wurden, gemeint, dass es Dinge sind, über die man langfristig bzw. mittelfristig nachdenken kann. Die angesprochenen Dinge sind keine Vorschläge von der Verwaltung, sondern nur Denkansätze gewesen, die für zukünftige Entscheidungsprozesse hilfreich sein könnten. Derzeit erarbeitet die Verwaltung eine Prognose dahingehend, wie sich die Kinderzahlen bis 2014 entwickeln werden. Herr Landmann erinnert in diesem Zusammenhang an das Jahr 2013, indem der gesetzliche Anspruch auf einen Kita-Platz erweitert werden soll. (Liegt allen Ausschussmitgliedern vor, wurde bereits im Ausschuss am 13.05.2009 verteilt.)

TOP 10 Sachstandsbericht zum Konjunkturpaket II

Herr Landmann berichtet über den Bearbeitungsstand der Maßnahmen zum Konjunkturpaket II. Im Anschluss daran übergibt er als Anlage zum Protokoll die entsprechende Übersicht (siehe Anlage 2).

TOP 11 Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 11.1

Vorlage: BV/321/2010 Einreicher/
Zuständige Dienststelle:

02.2 - Dezernat II

Konzept "Barrierefreies Eberswalde - Eine Stadt für Alle" (1. Lesung)

Frau Ebert teilt zunächst mit, dass sie seit März 2006 Behindertenbeauftragte ist. Zu ihren Aufgaben gehören u. a. die Beratung von Menschen mit Behinderungen, in der Stadt Eberswalde für die Barrierefreiheit zu sorgen sowie die Stadtverwaltung und auch die Bürgerinnen und Bürger über die Zusammenhänge und Probleme von Behinderung zu informieren. Durch die Arbeit mit verschiedenen Organisationen der Menschen mit Behinderungen, konnte Frau Ebert bereits viele Kenntnisse und Erfahrungen sammeln. Anhand einer Powerpoint-Präsentation stellt Frau Ebert ihr Konzept ausführlich vor (siehe Anlage 3 und 4).

Herr Dr. Steiner hat zwei Anfragen:

1. Mit dem Stadtverordnetenbeschluss aus dem Jahr 2003 wurde beschlossen, dass ein Maßnahmekatalog erstellt werden soll.

Wurde dieser realisiert und wenn ja, wie viel ist davon umgesetzt worden?

2. Ist im Paul-Wunderlich-Haus die Barrierefreiheit realisiert worden?

Frau Ebert antwortet:

Zu 1

Es wurde kein Maßnahmekatalog erarbeitet und sie hatte auch keine Ahnung, dass es diesen Beschluss gibt. Sie hatte zwar versucht, in dem Gesamtkonzept solch ein Maßnahmekatalog zu erarbeiten, wobei sich die Form als äußerst schwierig darstellt. Es müssten die Maßnahmen im Zuge der jeweiligen Haushaltsdiskussionen festgelegt werden und es müsste natürlich auch eine Berichterstattung und eine Evaluation erfolgen.

Zu 2)

Das Paul-Wunderlich-Haus ist weitestgehend gehbehindertengerecht. Probleme gibt es aber im Sozial- und Jugendamt. Es kommen beispielsweise Menschen mit Gehbehinderungen zwar durch die erste Tür durch, durch die zweite Tür leider nicht mehr, weil es keinen Türöffner gibt. Extrem gefährlich ist auch die Treppe beim Jugendamt, die nicht der DIN-Norm entspricht. Außerdem gibt es einen Aufzug, der aber nicht blindengerecht hergestellt ist. In diesem Zusammenhang weist Frau Ebert darauf hin, dass bereits in vielen Einrichtungen Alarmanlagen installiert worden sind. Hierbei muss darauf geachtet werden, dass diese nicht nur akustisch, sondern auch visuell eingebaut werden, wie z. B. in der Westendschule.

Frau Röder findet es gut, dass die Stadt Eberswalde solch ein Konzept hat. Unabhängig von den vorgetragenen Missständen, ist sie auch von den gezeigten Fotos erschüttert. Frau Röder und ihre Fraktion fordern einen Maßnahmekatalog, der gemeinsam mit der Behindertenbeauftragten und mit der Bauverwaltung erarbeitet werden sollte, natürlich unter Einbeziehung der Betroffenen. Dieser Maßnahmekatalog sollte mit einer Zeitschiene versehen werden, die überprüfbar ist. Die Politik würde erst mit vorliegen der Prioritätenliste einsteigen, um dann zu sagen, welche Maßnahmen in die HH-Planung eingestellt werden sollten. Herr Landmann bedauert ebenfalls, dass die Vergangenheit nicht mehr gestalten werden kann und sagt, dass es schon einen aufgelisteten Maßnahmekatalog für das Konzept gibt. Außerdem denkt Herr Landmann, dass nicht nur die Behindertenbeauftragte allein den Maßnahmekatalog erarbeiten muss, sondern es muss die gesamte Verwaltung mit eingebunden werden. Des Weiteren sollte die Politik schon bei der Prioritätensetzung mit herangezogen werden.

Herr Kriewald findet das Konzept sehr niveauvoll und bedankt sich dafür. Er sieht dieses Konzept als Fortschreibung des Beschlusses von Barcelona oder der Stvv. von 2003 an. Für ihn stellt sich die Frage, welche Verpflichtung und welchen Stellenwert leiten sich für die Zukunft für dieses Konzept ab. Hier sollte die Politik besonders darauf achten. Probleme sieht er auch bei der Festlegung der Prioritäten. Die jährliche Berichterstattung sieht er als sinnvoll an. Bei städtischen Bauten sollte die Verwaltung ab jetzt darauf achten, dass DIN-Normen und Gesetze eingehalten werden. Außerdem sollte von Seiten der Stadt überlegt werden, inwieweit man private Investoren unterstützen könnte.

Herr Prof. Creutziger nimmt Bezug auf die Fotos und möchte wissen, ob die Stadt evtl. durch eine Satzung bei den privaten Geschäftsleuten etwas regeln könnte, z.B. wenn diese öffentliche Gehwege für ihre privaten Zwecke nutzen. Außerdem regt Herr Prof. Creutziger an, Angebote für betroffene Menschen mit Behinderungen zu machen, da diese auch in anderen Städten gut funktionieren. Diese Angebote könnten z.B. in Form von Modellen für Sehbehinderte sein, die sie ertasten können oder durch Info-Theken für Rollstuhlfahrer damit diese wissen, welcher Weg für sie besser geeignet ist.

Frau Ebert bezieht sich auf die Passagen in der Brandenburgische Bauordnung für barrierefreies Bauen. In dieser ist auch für private Bauherren und Bauherrinnen vorgeschrieben, wie sie bauen dürfen und was sie dabei beachten müssen.

Frau Röder verlässt die Sitzung um 19:45 Uhr (sechs Stadtver-ordnete anwesend).

Herr Schumacher bedankt sich für den Bericht. Auch er ist über die Fotos mit den gezeigten Mängeln sehr erschrocken. Für ihn stellt sich die Frage, wie solche neuen Bauten mit diesen Mängeln errichtet werden konnten. Er möchte keine Diskussion darüber, aber innerlich hat er seine Zweifel und Bedenken zu diesem Punkt.

Herr Landmann sagt, es geht der Verwaltung ganz genauso, aber die Vergangenheit kann man nicht gestalten. Natürlich waren die gesetzlichen Vorschriften schon vorhanden, sie waren aber teilweise den Planungsbüros und der Verwaltung nicht bekannt. Die finanziellen Mittel spielten für diesen Bereich keine unwesentliche Rolle, da diese z. B. für die Anforderung von Spezialnormen (DIN-Vorschriften) benötigt wurden. Herr Landmann erinnert in diesem Zusammenhang an die Finanzknappheit in der Stadt und an durchzuführende Baumaßnahmen sowie an den Denkmalschutz, der ein weiteres Teilproblem darstellte.

Frau Schostan möchte sich ebenfalls für das Konzept bedanken, wobei sie die Fotos auch sehr wirkungsvoll fand. Für Frau Schostan ist jetzt wichtig, die künftigen Bauvorhaben zu überprüfen. In Bezug auf die gezeigten Mängel möchte sie wissen, ob vielleicht die Möglichkeit besteht, die Baufirmen, die z. B. für den Bahnhofsvorplatz oder den Marktplatz verantwortlich waren, in Regress zu nehmen.

Frau Ebert sagt, dass sie diese Baufirmen nicht in Regress nehmen kann, weil es die Aufgabe der Bauverwaltung gewesen wäre. Die Gespräche mit der Bauverwaltung und den Planungsbüros waren in diesem Punkt außerdem sehr schwer, da sie eine andere Auffassung zur Barrierefreiheit haben, als Frau Ebert sie hat.

Herr Landmann findet auch, dass die Bevölkerung zu dieser Thematik sensibilisiert werden muss. Die Verwaltung beabsichtigt deshalb über die Presse eine Informationskampagne zu starten. Wie und in welcher Form muss noch geklärt werden.

Herr Hoeck bedankt sich bei Frau Ebert für die Informationen und für die ausführliche Diskussion. Er bittet die Fraktionen, Vorschläge zu sammeln und diese an die Verwaltung zu geben, damit der Ausschuss im April in der 2. Lesung über das Konzept abstimmen kann.

Herr Landmann und Frau Ebert verabschieden sich um 20:02 Uhr.

TOP 12

Vorstellung der Konzeption der Kita "Gestiefelter Kater" durch die Kita-Leiterin Frau Schmidt, anschließend Besichtigung der Einrichtung

Frau Schmidt, Leiterin der Kita "Gestiefelter Kater", stellt das Konzept ihrer Einrichtung anhand einer Powerpoint-Präsentation vor (siehe Anlage 5).

Es werden keine Anfragen gestellt.

Herr Hoeck schließt die Sitzung um 20:35 Uhr.

Anschließend erfolgt die Besichtigung der Einrichtung.

gez. Martin Hoeck Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport gez. Berg Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer/innen:

Vorsitzender:

Martin Hoeck

Stellvertreter des Vorsitzenden:

Günter Schumacher

Ausschussmitglied:

Dr. med. Christel Brauns entschuldigt

Sabine Büschel Ronny Hartmann

Hans Pieper entschuldigt

Angelika Röder Monique Schostan Dr. Andreas Steiner

sachkundige Einwohner/innen:

Prof. Johannes Creutziger

Torsten Duckert entschuldigt Madlen Karbe entschuldigt André Koch entschuldigt

Elke Lewerenz

Ingo Rätz entschuldigt Martina Röseler entschuldigt Hans-Ulrich Sieber entschuldigt Rolf Zimmermann entschuldigt

Dezernenten:

Lutz Landmann

Verwaltungsmitarbeiter/innen:

Ulrike Gerike entschuldigt

Kerstin Ladewig

Barbara Ebert zu TOP 11.1 Dörthe Schmidt zu TOP 12

Kinder- und Jugendparlament:

Dennis Brzezinski

Beiräte gemäß Hauptsatzung:

Rainer Kriewald